

Sanija Ameti,

Lisa Mazzone,

Nadja Mosimann,

Cédric Wermuth,

Pascal Zwicky

Fakt: Migrant:innen haben die Schweiz schon immer mitgebaut, mitgestaltet, mitgedacht. In den mythischen Zeiten von Wilhelm Tell und Walterli, Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Schweiz zum Bundesstaat wurde, nach den grossen Kriegen des 20. Jahrhunderts und heute, in der global vernetzten und krisengeschüttelten Welt des 21. Jahrhunderts.

Ohne Zuwanderung wären heute weder die Pflegekräfte, die das Schweizer Gesundheitssystem Tag für Tag am Laufen halten, hier noch die Wissenschaftler:innen, die an Schweizer Hochschulen forschen, oder die Bauarbeiter:innen, die Schweizer Städte errichten.

Ohne Zuwanderung auch weniger Klang in Konzertsälen, weniger Jubel in Stadien, weniger Geschmack auf deinem Teller, weniger Freude in deinem Herzen. Ohne Zuwanderung wäre deine beste Freundin nicht hier. Dein Grosi wäre nicht hier. Vielleicht auch du und ich nicht?

Zuwanderung ist nicht auf eine Bilanz aus ökonomischem Schaden und Nutzen reduzierbar. Das weiss auch die Rechte, die fremdenfeindliche Narrative gekonnt nutzt, um mit ihnen auch ohne subjektiv oder objektiv

nachweisbare Verschlechterungen durch Zuwanderung Wahlen zu gewinnen.<sup>1</sup>

Migration ist für die Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen migrieren (müssen), eine lebensbestimmende Erfahrung – und oftmals harte Realität. In den politischen Auseinandersetzungen ist Migration hingegen vor allem *eine Erzählung*. Und die Art und Weise, wie sie erzählt wird, bestimmt das politische Klima.

Dieser Sammelband beschäftigt sich mit Zuwanderung jenseits von (rechten) Mythen. *Migrationsland Schweiz* versteht Zuwanderung nicht als Ausnahmezustand oder Multikulti-Schwärmerei, sondern als gesellschaftliche Realität, mit der es solidarisch umzugehen gilt. Migration ist Teil der Schweizer Geschichte und Zukunft – im Asylbereich ebenso wie im europäischen Binnenmarkt, in der globalen Arbeitsmigration ebenso wie im alltäglichen Zusammenleben.

## Ein Angriff auf das Migrationsland Schweiz

Im Juni 2026 muss die Schweizer Stimmbevölkerung erneut über eine migrationspolitische Initiative der SVP abstimmen – das fremdenfeindliche Grundrauschen muss erhalten bleiben!

Hinter der Volksinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» verbirgt sich der Versuch, die «Masseneinwanderungsinitiative» von 2014 neu aufzulegen – ein Rezept, das sich aus Sicht der SVP bewährt hat. Damals gelang ein knappes Ja, auch weil das progressive Lager zu wenig mobilisierte.<sup>2</sup> Heute geht es wieder um

1 Vgl. A. Alrababah/A. Beerli/D. Hangartner/D. Ward: The free movement of people and the success of far-right parties: Evidence from Switzerland's border liberalization, in: *American Political Science Review* 3/2024, S. 1–20.

2 Ohne asymmetrische Mobilisierung wäre die Zustimmung zur «Masseneinwanderungsinitiative» bei 47 statt 50 Prozent gelegen; vgl. M. Hermann: *Politgeo-*

Grundsätzliches: um Solidarität und Menschenwürde, um den Platz der Schweiz in der Welt – und um ein klares Zeichen gegen den Vormarsch der autoritären Rechten in Europa.

Von Trump bis Meloni, von Orbán bis Weidel – vielerorts wächst die autoritäre Rechte «dank» ihrer migrationsfeindlichen Rhetorik. Sie ist ihr Hebel, um Mehrheiten zu gewinnen und Demokratien Schritt für Schritt auszuhöheln. Oder anders ausgedrückt: Die Stimmungsmache gegen Migrant:innen ist ein wichtiger Treibstoff für die «Zerstörungslust» der rechten Demokratiefeinde.<sup>3</sup>

Nicht zuletzt, weil Parteien der sogenannten politischen Mitte bereit sind, diese Hetze zu übernehmen oder zu verharmlosen, verschiebt sich das gesamte politische Feld nach rechts. Auch in der Schweiz. Gerade deshalb braucht es eine fakten- und wertebasierte Gegenbewegung – gegen die fremdenfeindliche Initiative der SVP ebenso wie gegen die autoritäre Grosswetterlage in Europa.

Dieser Sammelband versteht Migration nicht als Spaltpilz, sondern als *einen Prüfstein des politischen Liberalismus*, an dem sich entscheidet, ob eine Gesellschaft ihre demokratische Substanz verteidigt.

## Absage an den Universalismus

Wirtschafts- oder sozialpolitisch mögen Blocher, Trump, Le Pen, Kickl, Meloni und andere rechtsautoritäre Führungsfiguren Unterschiedliches propagieren. Der gemeinsame Nenner: harte Migrationspolitik. Über die Abwertung von «Ausländer:innen» gelingt es ihnen teils seit Jahrzehnten,

grafische Studie zur Masseneinwanderungsinitiative, [https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2020/12/Politgeografische\\_Studie\\_MEI.pdf](https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2020/12/Politgeografische_Studie_MEI.pdf).

3 Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey zeigen, dass moderner Autoritarismus nicht den Bruch mit der Demokratie sucht, sondern ihre Form beibehält, während ihr Geist ausgehöhlt wird. Das Versprechen: Sicherheit durch Ausschluss. Das Resultat: eine Gesellschaft, die sich selbst misstraut; vgl. C. Amlinger/O. Nachtwey: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin 2024.

Wähler:innengruppen mit unterschiedlichen Präferenzen in anderen politischen Dossiers und über verschiedene soziale Schichten hinweg zu mobilisieren. Die rhetorische Figur der «Überfremdung» ist dabei kein neues Phänomen, sondern ein strategisch bewährtes: Zuwanderung wird zum Projektionsraum kollektiver Verlustängste.

Die rechtsextremen «Remigrations»-Pläne oder die illegalen Abschiebungen in den USA zeigen, wohin das führt: in Entrechtung und Autoritarismus. Die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP geht nicht so weit, stösst aber ins selbe fremdenfeindliche Horn. Wie andere autoritäre Projekte ist sie eine *Absage an den Universalismus* – an die Idee, dass alle Menschen gleichwertig sind und gleiche Rechte besitzen. Anstelle universeller Werte treten Abgrenzung und Spaltung. Es braucht ein «Wir» und ein «Sie». Ziel dieser Politik sind die Schwächsten: Menschen ohne Bürger:innenrecht, Migrant:innen, Geflüchtete (oder auch beispielsweise Sozialhilfeempfänger:innen mit Schweizer Bürger:innenrecht).

Die SVP behauptet, «unkontrollierte Einwanderung» habe eine «Bevölkerungsexplosion» ausgelöst, die Natur und Infrastruktur überfordere und die Mieten in die Höhe treibe. Ihre Initiative will die Bevölkerung deshalb bei zehn Millionen deckeln – notfalls durch Asylabbau, Familien-nachzugsstopp oder die Kündigung internationaler Abkommen.<sup>4</sup>

Doch diese Argumentation ist alt. Schon Thomas Malthus entwickelte Ende des 18. Jahrhunderts eine Bevölkerungstheorie, die Hunger, Armut und ökologische Knappheit auf «zu viele Menschen» zurückführte – und damit die ideengeschichtliche Grundlage für spätere rassistische, eugenische und koloniale Denktraditionen legte. Wie Dana Schmalz zeigt, wird das Bevölkerungsargument

4 <https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/>.

meist genutzt, um von den tatsächlichen strukturellen Problemen und Herausforderungen abzulenken.<sup>5</sup> Genau das tut die SVP: Das wirtschaftsliberale «Erfolgsmodell Schweiz» bleibt unangetastet. Stattdessen soll das Klima durch den Ausschluss von Menschen gerettet werden. Doch entscheidend ist nicht, *wie viele* wir sind, sondern *wie* wir leben und konsumieren. Die «Nachhaltigkeit» der Initiative ist reine Täuschung – ein (rot-)grünes Feigenblatt für die altbekannte rechte Agenda.

Die liberalen Eliten, von Mitte-Rechts bis Mitte-Links, tragen eine Mitverantwortung dafür, dass die migrationsfeindliche Politik der Rechten so erfolgreich ist – und zwar im doppelten Sinn: Einerseits hat ihr Unwille und Unvermögen, globale Ungleichheit und Fluchtursachen strukturell anzugehen, die «Elends- und Fluchtmigration» mit hervorgebracht, auf deren Rücken die Rechte heute – viel lieber als auf dem der Eliten- und Expertenmigration – Ressentiments schürt, um sie für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.<sup>6</sup> Auf der anderen Seite sind sie es, die den fremden- respektive menschenfeindlichen Diskurs tröpfchenweise übernehmen und damit salonfähig machen.

### Heuchelei, Anachronismus und politische Agenda

Kaum ein Land hat so sehr von Globalisierung profitiert wie die Schweiz – wirtschaftlich, wissenschaftlich, gesellschaftlich. Sich aus globalen Verflechtungen und Verantwortungen zurückzuziehen, Migration und Bevölkerungsentwicklung «selbstbestimmt» regulieren zu wollen, ist daher Heuchelei. Gerade auch weil sich die Schweiz gleichzeitig mit Elan an der kollektiven «Festung Europa» beteiligt, die Migration

<sup>5</sup> Vgl. D. Schmalz: *Das Bevölkerungsargument*, Berlin 2025.

<sup>6</sup> Diese Dualisierung der Migration bespricht beispielsweise C. Butterwegge: *Globalisierung, Migration und (Des-)Integration*, 2006, <https://heimatkunde.boell.de/de/2006/09/18/globalisierung-migration-und-des-integration>.

von ausserhalb Europas kriminalisiert und stigmatisiert.

Die Initiative der SVP ist aber nicht nur unsolidarisch und fremdenfeindlich, sondern auch anachronistisch. Sie spielt mit alten Parolen der Schwarzenbach-Zeit, ignoriert aber, dass sich die Gesellschaft verändert hat. So trifft die Initiative demografisch ins Leere: Die Schweiz hat kein Wachstums-, sondern ein Alterungsproblem,<sup>7</sup> und der Fachkräftemangel ist Realität – ein Ja zur Initiative würde beides verschärfen. Selbst Economiesuisse und FDP lehnen sie ab.

«Die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen» – das finden wir alle. Aber ernst nehmen heisst eben nicht, vereinfachende Lösungen für komplexe Situationen anzubieten. Die SVP sucht mit ihrer Initiative nicht nach Nachhaltigkeit. Sie bewirtschaftet vielmehr das stetige Tropfen von Angst, Misstrauen und Spaltung, das ihr (gemäss jüngsten Umfragen<sup>8</sup> erschreckend viele) Stimmen bei den nächsten Wahlen bringen soll.

Andreas Reckwitz beschreibt unsere Zeit als Epoche der *Verlusteskalation*: Verlust von Sicherheit, Orientierung, Zukunft. Klimakrise, Kriege, soziale Prekarität und Digitalisierung haben das Vertrauen in Fortschritt erschüttert, der für eine Demokratie essenzielle Zukunftsoptimismus ist geschwächt.<sup>9</sup> Frühere Generationen übersetzten Verluste in Aufbrüche – und wir? Oft in Angst.

In dieses Vakuum stösst die autoritäre Rechte: Sie verspricht Wiederherstellung, Kontrolle, Zugehörigkeit – und liefert Abschottung und Ausgrenzung. Wer an die

7 Vgl. Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone, 2025–2055, 15. April 2025, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/zukuenftige-entwicklung/schweiz-szenarien.asset.detail.34687099.html>.

8 Sotomo: SRF SSR Wahlbarometer, Oktober 2025, Oktober 2025, [https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2025/10/SRG\\_Wahlbarometer\\_2025.pdf](https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2025/10/SRG_Wahlbarometer_2025.pdf).; Tamedia-Umfrage, Dezember 2025, <https://www.tagesanzeiger.ch/10-millionen-schweiz-initiative-knappe-mehrheit-dafuer-208334895317>.

9 Vgl. A. Reckwitz: Verlust – ein Grundproblem der Moderne. Berlin 2024.

Zukunft nicht glaubt, sucht Halt in einem imaginierten Gestern.

### Solidarität und Hoffnung jenseits der Defensive

Die bürgerlichen Parteien tragen diese Dynamik mit, insofern sie die Auseinandersetzung mit den Ursachen der «Polykrise»<sup>10</sup> scheuen und an der imperialen Lebensweise<sup>11</sup> festhalten. Für Ulrich Brand und Markus Wissen bedeutet diese Lebensweise, dass der globale Norden seinen Wohlstand auf Kosten anderer Teile der Welt aufrechterhält: durch übermässigen Ressourcenverbrauch, Ausbeutung und ungleiche Handelsstrukturen. Solange diese Dynamik nicht infrage gestellt wird, bleibt das Versprechen von Nachhaltigkeit hohl – und die Rechte kann soziale Ängste erfolgreich in nationale Parolen übersetzen.

Das Resultat: politische Defensive statt Gestaltung. Gerade in der Migrationspolitik.

Doch Zukunft wächst immer irgendwo. Sei es in Parlamenten oder NGOs, sei es auf den Strassen – in Bewegungen für Gaza, für das Klima, gegen patriarchale Strukturen oder gegen Ungerechtigkeit und Krieg. Diese Energie – Empathie gegen Zynismus – ist die Kraft, die wir brauchen, um dieser nächsten fremdenfeindlichen Welle in der Schweiz, welche die SVP lostreten will, Einhalt zu gebieten.

Was Menschen heute mobilisiert, ist vielleicht nicht immer die Vision einer fernen Utopie, aber wohl der Widerstand gegen Unmenschlichkeit und das Versprechen, dass eine andere, gerechtere Welt möglich

10 Vgl. P. Zwicky: Die Polykrise als historisch neuartige Situation, in: L. Franzini/N. Mosimann/B. Ringger/P. Zwicky (Hrsg.): Noch Hoffnung? Von den Möglichkeiten der Solidarität im Wirbel von Krisen, Zürich 2024, S. 13–22.

11 Vgl. U. Brand/M. Wissen: Kapitalismus am Limit, München 2024.

bleibt. Dass wir weiter aktiv versuchen, Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern auch über ihre liberale Form hinaus zu vertiefen, ist sowohl Teil dieses Widerstands als auch dieses Versprechens. In der Migrationspolitik beispielsweise, indem wir Rechte sichern und ausweiten, sichere Zugangswege schaffen, Sans-Papiers regularisieren und Teilhabe ermöglichen.

2026 wird nicht nur über die (nächste) reaktionäre Überfremdungsinitiative der SVP abgestimmt. Auch die «Demokratie-Initiative», die ein Grundrecht auf Einbürgerung nach fünf Jahren rechtmässigen Aufenthalts in der Schweiz einführen möchte, wird im Parlament behandelt und kommt zur Abstimmung. Diese Initiative bietet den progressiven Kräften die Chance, migrationspolitisch in die Offensive zu gehen und eine andere Migrationsgeschichte zu erzählen: die selbstbewusste Erfolgsgeschichte eines vielfältigen Landes, von Menschen, die in der Schweiz leben, hier arbeiten, sich hier engagieren und hier auch als vollwertige Bürger:innen mitbestimmen möchten. Angst ist die Waffe unserer Gegner:innen. Unsere Antwort ist Hoffnung.

### Beiträge im Sammelband

Drei verbindende Gedanken ziehen sich durch die Kapitel von *Migrationsland Schweiz*: Erstens ist Migration keine Bedrohung, sondern Ausdruck einer verflochtenen Welt, in der Mobilität eine Bedingung von Gerechtigkeit ist. Zweitens hat die Schweiz von dieser Offenheit profitiert – wirtschaftlich, sozial, kulturell –, sie kann sich ihrer globalen Verflechtungen und Verantwortungen nicht entziehen. Und drittens muss eine zukunftsfähige Migrationspolitik universell, solidarisch und demokratisch sein – sie darf nicht auf Angstmacherei und Abschottung basieren, sondern der Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichtet sein.

Der Sammelband gliedert sich in drei Teile, die diese Perspektive aus historischer, politischer und gesellschaftlicher Sicht entfalten.

*Gianni D'Amato* eröffnet den Band mit einer historischen Tiefenbohrung. Er zeigt, dass die Schweiz seit Jahrhunderten ein Migrationsland ist – geformt durch Arbeitswanderung, Handel, Exil und Rückwanderung. Migration, so D'Amato, war nie Ausnahme, sondern Strukturprinzip: ökonomisch prägend, politisch umstritten, gesellschaftlich stets erneuernd.

*Philipp Lutz* legt dar, weshalb Narrative gerade auch in Bezug auf Migrationspolitik von grosser Bedeutung sind. Er kommt zu dem Schluss, dass es an einer positiven Erzählung über das Migrationsland Schweiz fehlt.

*Volker Heins* ergänzt diesen Blick und zerlegt das alte Bild vom «vollen Boot», das im rechten Überfremdungsdiskurs immer wieder genutzt wird. Eine demokratische Gesellschaft, so Heins, muss lernen, Ungleichheit nicht durch Grenzen zu organisieren, sondern durch Gerechtigkeit zu überwinden.

*Sanija Ameti* analysiert zum Abschluss des ersten Teils, wie rechtspopulistische Kräfte Identität und Souveränität instrumentalisieren, um ein homogenes «Wir» zu behaupten, das in einer pluralen Gesellschaft längst nicht mehr existiert. Ihr Beitrag zeigt, dass demokratische Souveränität nicht durch Abschottung, sondern durch Teilhabe und Gleichberechtigung gesichert wird.

Im zweiten Teil wird die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP genauer analysiert und es werden Argumente gegen die Initiative gesammelt.

*Marc Spescha* bespricht die Initiative aus juristischer Sicht und zeigt, dass ihre Umsetzung völker- wie verfassungsrechtlich kaum möglich wäre. Sie verletzt internationale Verpflichtungen ebenso wie Grundrechte und steht im Widerspruch zu zentralen Prinzipien der Bundesverfassung.

*Rosemarie Weibel* und *Simon Stettler* lesen das Einwanderungsrecht als Spiegel gesellschaftlicher Reinheitsvorstellungen. Anhand juristischer Diskurse zeigen sie, wie sich rechtliche Grenzziehungen mit moralischen Hierarchien verschränken – und wie diese wiederum in politische Ausschlussmechanismen übersetzt werden.

*Vania Alleva* warnt vor den ökonomischen Folgen der Initiative. Sie erinnert daran, dass die Personenfreizügigkeit das Rückgrat der modernen Schweizer Wirtschaft bildet und ein Ja zur Initiative Arbeitsplätze, Löhne und Innovation gefährden würde.

*Daniel Lampart* untersucht die Personenfreizügigkeit aus sozialpolitischer Sicht. Er zeigt, dass sie nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringt, sondern auch Rechte schützt – und dass ihre Abschaffung die soziale Spaltung vertiefen würde.

*Sabrina Stallone* diskutiert im Gespräch mit *Gabriela Debrunner* die politische Dimension von Raum. Sie zeigen, wie städtebauliche Begriffe wie «Verdichtung» oder «Lebensqualität»

missbraucht werden können, um Ausschluss zu legitimieren, und plädieren für eine solidarische Raumplanung.

*Jacqueline Badran* widerlegt mit empirischen Argumenten den Mythos, Migration sei Haupttreiber steigender Mieten. Sie zeigt, dass die Wohnungsnot in erster Linie eine Folge politischer Deregulierung und Spekulation ist.

*Adina Rom* beleuchtet die globale Dimension: Während Kapital nahezu grenzenlos zirkulieren kann, bleibt die Bewegungsfreiheit von Menschen eingeschränkt. Ihr Beitrag zeigt, wie ungleiche Mobilitätsrechte selbst zu einer Form globaler Ungerechtigkeit werden.

*Balthasar Glättli* widmet sich in seinem Artikel dem Asylbereich. Er zeigt, dass dieser Bereich wenig zur Nettozuwanderung beiträgt und vor allem diejenigen Menschen in die Schweiz kommen, die auch tatsächlich Schutz benötigen.

*Miriam Suter* und *Natalia Widla* analysieren Geschlechterverhältnisse in der Migrationsdebatte und erinnern daran, dass Gewalt gegen Frauen kein Importproblem ist, sondern ein strukturelles Phänomen. Sie fordern eine feministische Perspektive, die Geschlechter- und Migrationsgerechtigkeit zusammendenkt.

*Sarah Schilliger* und *Julia Maisenbacher* schliessen den zweiten Teil mit einem feministischen und solidarischen Appell. Sie entwerfen das Konzept einer «Care-Gemeinschaft», die Fürsorge, Migration und soziale Verbundenheit zusammendenkt, und zeigen, dass Sorgearbeit die Grundlage einer solidarischen Gesellschaft ist.

Der dritte Teil blickt nach vorn: auf eine Schweiz, die Migration als Realität und Chance begreift und für wirkliche Probleme keine Sündenböcke, sondern Lösungen sucht.

*Beat Ringger* dekonstruiert die populäre Überlastungs-rhetorik. An den Beispielen Gesundheitsversorgung und Mobilität zeigt er, dass nicht Zuwanderung, sondern falsche politische Entscheidungen für die gegenwärtigen Herausforderungen verantwortlich sind. Ein Grossteil der öffentlichen Dienste würde heute ohne ausländische Fachkräfte kollabieren.

*Lisa Mazzone* entwickelt das Konzept einer echten Nachhaltigkeitspolitik: einer Politik, die ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zusammendenkt. Sie zeigt, dass ökologische Ziele nur erreicht werden können, wenn sie mit Fragen globaler Gleichheit verbunden sind.

*Stefan Manser-Egli* blickt auf die Geschichte der Überfremdungsinitiativen in der Schweiz zurück, die mit der «Schwarzenbach-Initiative» 1970 ihren Anfang nahm. Die Initiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» sieht Manser-Egli als radikalen Gegenentwurf dazu.

*Samir* erzählt die fiktive Geschichte eines grossen migrantischen Generalstreiks. Er appelliert an die klassische Linke, die migrantischen Kämpfe als die eigenen zu erkennen und sie aktiver zu unterstützen.

*Artan Islamaj* sucht zum Schluss nach neuer Orientierung in einer Zeit, in welcher der traditionelle (politische) Kompass versagt. Auf diesem

Weg lässt sich eine neue Schweiz entdecken.  
Eine Schweiz, die sich der Realität zuwendet  
und Verantwortung übernimmt.

Migration ist einer der rote Fäden, der die Vergangenheit der Schweiz mit ihrer Zukunft verknüpft. Die Schweiz kann kein Bollwerk sein – sie war immer Kreuzung, Transit, Zuflucht und Zuhause.

Die Zukunft dieser Gesellschaft entscheidet sich nicht daran, *ob* sie sich verändert, sondern *wie*.

Das Gegenbild zur Angst ist nicht Sicherheit.

Es ist Solidarität.